

Bekanntmachung

Die 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung findet am Dienstag, den 23.01.2024 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 12.12.2023
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2024 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0096/2023
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Vorstellung Hospiz
- 4.2 Kita- und Hortplätze in der Hansestadt Stralsund
- 4.3 Vorstellung der Stadt- und Kinderbibliothek
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Tino Rietesel
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung

Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 12.12.2023
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:30 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Frau Kerstin Friesenhahn
Herr Sebastian Lange

Mitglieder

Frau Dr. Heike Carstensen
Frau Sabine Ehlert
Herr Jens Kühnel
Frau Josefine Kümpers
Frau Anne Zabel

Vertreter

Frau Doreen Breuer
Herr Thomas Haack

Vertretung für Herrn Thoralf Pieper
Vertretung für Herrn Tino Rietesel

Protokollführer

Frau Cinderella Littmann

von der Verwaltung

Frau Olga Fot
Frau Dr. Sonja Gelinek
Frau Monique Stiboy

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 21.11.2023
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1** Richtlinie für die Ausgabe des Strelapasses
Vorlage: B 0065/2023
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Interessenbekundungsverfahren 2. Förderperiode
Stadtteilarbeit
- 4.2** Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten
- 4.3** Arbeitsplan 2024
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die 1. stellv. Ausschussvorsitzende geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 21.11.2023

Die Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 21.11.2023 wird ohne Änderungen/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 4 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Richtlinie für die Ausgabe des Strelapasses Vorlage: B 0065/2023

Frau Dr. Gelinek stellt die überarbeitete Richtlinie für die Ausgabe des Strelapasses vor. Mit der Richtlinie wurde unter anderem der Geltungsbereich um die Leistungsempfänger des Asylbewerberleistungsgesetzes erweitert. Auch wurden begriffliche Anpassungen vorgenommen und die Vergünstigungsbereiche wurden aktualisiert. Zudem ist mit der neuen Richtlinie die Online-Beantragung über OpenRathaus gestattet.

Auf die Nachfrage von Herrn Lange erörtert Frau Dr. Gelinek, dass der Strelapass auf Personenbereiche mit besonderen Herausforderungen abzielen soll und deshalb erst von Familien mit 2 Kindern in Anspruch genommen werden kann.

Herr Lange möchte wissen, ob die Vorlage des Schwerbehindertenausweises ausreicht oder ob der Grad der Behinderung ebenfalls ausschlaggebend ist.

Frau Dr. Gelinek entgegnet, dass die Vorlage des Schwerbehindertenausweises genügt, da dieser einen Grad der Behinderung von mindestens 50 voraussetzt.

Frau Breuer erfragt die Höhe der Mindereinnahmen, die durch die Begünstigung des Strelapasses bei den Einrichtungen entstehen.

Dahingehend teilt Frau Dr. Gelinek mit, dass keine statistische Erfassung in den Einrichtungen über die Inanspruchnahme des Strelapasses erfolgt. Auf Verlangen des Ausschusses, könnte eine statistische Erfassung in den Kultureinrichtungen für 2024 angestrebt werden.

Frau Dr. Gelinek fügt an, dass sich die konstante Anzahl an ausgegebenen Pässen auf 550 Stück beläuft.

Frau Dr. Carstensen hinterfragt den Wegfall der 4 Vergünstigungsbereiche und ob die Beantragung zukünftig nur noch über OpenRathaus möglich ist.

Frau Dr. Gelinek führt aus, dass die Beantragung des Strelapasses weiterhin in den aufgelisteten Ämtern erfolgen kann, OpenRathaus jedoch vorrangig verwendet werden soll. Der Wegfall der Vergünstigungsbereiche ist auf Veränderungen in den Einrichtungen zurückzuführen. Als Beispiel benennt Frau Dr. Gelinek die Einführung eigener Ermäßigungstatbestände.

Frau Dr. Carstensen bedauert die Streichung der Telefonnummern von den einzelnen Ämtern, die den Strelapass ausgeben.

Auf die Nachfrage von Herrn Haack erörtert Frau Dr. Gelinek, dass die empfangsberechtigten Personen von Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in der aktuell gültigen Fassung der Richtlinie nicht aufgeführt sind.

Aus der Sicht von Herrn Haack werden mit der Aufnahme der empfangsberechtigten Personen von Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die Stralsunder/-innen benachteiligt.

Anmerkend zur der Äußerung von Herrn Haack gibt Frau Dr. Gelinek den Hinweis, dass empfangsberechtigte Personen von Hilfen zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII bzw. Leistungen nach dem SGB II ebenfalls einen Anspruch auf den Erhalt des Strelapasses haben.

Auf die Nachfrage von Frau Friesenhahn erläutert Frau Dr. Gelinek, dass die Leistungshöhe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz an die Leistungshöhe der Empfänger von Bürgergeld orientiert.

Frau Friesenhahn nimmt erneut Bezug auf die statistische Erfassung der Inanspruchnahme des Strelapasses.

Im Anschluss eines Meinungsaustausches bringt Frau Friesenhahn zur Abstimmung, ob im Jahr 2024 die Inanspruchnahme des Strelapasses in den Kultureinrichtungen erfasst werden soll.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Frau Dr. Gelinek wird die Möglichkeiten zur entsprechenden Umsetzung verwaltungsintern eruieren.

Frau Dr. Gelinek geht im Weiteren auf die finanziellen Auswirkungen ein und merkt an, dass mit den Ermäßigungen des Strelapasses lediglich ein geringer Aufwand bei den Ausgaben entsteht. Sie verdeutlicht, dass die Einrichtungen durch den Strelapass einen deutlichen Zuwachs an Besuchern generieren.

Herr Haack trägt den Änderungsantrag seiner Fraktion Bürger für Stralsund vor. Es wird beantragt, dass der §1 Nr. 7 gestrichen wird und die empfangsberechtigten Personen von Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz unter der Nr. 4 im §1 aufgeführt werden. Des Weiteren soll im § 1 Nr.4 der Identitätsausweis als Voraussetzung aufgeführt werden.

Frau Kümpers findet, dass der vorgetragene Änderungsantrag die Richtlinie verkomplizieren würde.

Frau Friesenhahn verdeutlicht das Ansinnen von Herrn Haack zur Vermeidung einer Ungleichberechtigung der Stralsunder/-innen.

Frau Friesenhahn bringt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmung: 4 Zustimmungen 5 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Frau Friesenhahn bringt die Beschlussvorlage B 0065/2023 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0065/2023 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 2 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Interessenbekundungsverfahren 2. Förderperiode Stadtteilarbeit

Frau Friesenhahn gibt einführende Worte in das Thema.

Frau Stiboy berichtet über den Abschluss des Interessenbekundungsverfahrens 2. Förderperiode Stadtteilarbeit.

Im Stadtteil Grünhufe wird weiterhin das Kreisdiakonische Werk tätig sein. Die Stadtteilarbeit im Bereich Tribseer Vorstadt verbleibt bei der Lutherauferstehungskirche, jedoch wird es personelle Veränderungen geben, da die Stelle der Stadtteilkoordination zum 31.12.2023 unbesetzt ist.

Für den Bereich Knieper West hat die SIC den Zuschlag erhalten und für den Bereich Frankenvorstadt der IB.

Abschließend informiert Frau Stiboy, dass die Jugendkoordination im Bereich Frankenvorstadt neu ausgeschrieben wird.

Frau Friesenhahn dankt für die Ausführungen und leitet in den nächsten Tagesordnungspunkt ein.

zu 4.2 Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten

Anhand einer Präsentation stellt die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Fot, ihren jährlichen Tätigkeitsbericht vor. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Frau Fot informiert die Ausschussmitglieder, dass die Gleichstellungsbeauftragte dem Amt für zentrale Dienste strukturell zugeordnet wurde.

Im Weiteren teilt sie mit, dass die Hansestadt Stralsund derzeit 649 Mitarbeitende beschäftigt, wobei der Anteil an Frauen und Männern fast ausgewogen ist und somit deutlich ausgeglichener ist, als im Vergleichsjahr 2020.

Für den Bereich der Auszubildenden merkt Frau Fot an, dass die Hansestadt Stralsund im Jahr 2023 2 Azubis weniger beschäftigt, da der Zulauf im Bewerbungsverfahren sehr gering war.

Für die Öffentlichkeitsarbeit der Gleichstellungsbeauftragten standen im Haushaltsjahr 2023 800 Euro zur Verfügung.

Frau Fot geht auf ihre Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2023 ein. Neben der Gremien- und Netzwerkarbeit stellte das Frauenschutzhaus einen sehr großen Schwerpunkt dar.

Anschließend stellt Frau Fot die Projekte vor, die sie als Gleichstellungsbeauftragte begleitet hat.

Für das Jahr 2024 und zur Kommunalwahl plant Frau Fot unter anderem ein Veranstaltungsformat unter dem Motto „Frauen in der Politik“.

Herr Lange möchte wissen, ob es Ereignisse in der Stadtverwaltung gab, bei denen Frau Fot als Gleichstellungsbeauftragte eingreifen musste. Insbesondere nimmt er Bezug auf die Eingruppierung der Mitarbeitenden.

Frau Fot teilt mit, dass sie dahingehend noch nicht tätig werden musste, da die Entgeltgruppen der einzelnen Personalstellen bereits in den Stellenausschreibungen festgelegt sind.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Carstensen erörtert Frau Fot den Austausch mit Vertreterinnen der ukrainischen Stadt Saporischja detailliert.

Frau Friesenhahn dankt für die Ausführungen.

zu 4.3 Arbeitsplan 2024

Frau Dr. Carstensen bittet, als weiteres Thema den Chamäleon e.V. aufzunehmen. Dieser soll über die bestehende Drogenproblematik berichten.

Frau Ehlert regt an, den Tätigkeitsbericht der Beauftragten für Migration und Integration von Januar in den Mai zu verschieben.

Die Änderungen werden entsprechend eingearbeitet.

zu 5 Verschiedenes

Frau Dr. Carstensen erfragt die Auswertung des stattgefundenen Jugendgipfels.

Die Geschäftsführung des Ausschusses informiert, dass die Auswertung voraussichtlich Anfang des Jahres 2024 im Ausschuss erfolgen wird.

Seitens der Ausschussmitglieder besteht kein weiterer Redebedarf.

Frau Friesenhahn stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Frau Friesenhahn stellt die Öffentlichkeit der Sitzung her und beendet die 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung.

gez. Kerstin Friesenhahn
stellv. Vorsitzende

gez. Cinderella Littmann
Protokollführung

Titel: Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2024 der Hansestadt Stralsund

Federführung:	20.1 Abt. Haushalts- und Finanzplanung	Datum:	05.12.2023
Bearbeiter:	Steinfurt, Gisela		

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	14.12.2023	

Sachverhalt:

Nach § 45 Abs. 1 KV M-V hat die Gemeinde für jedes Haushaltsjahr Haushaltssatzungen zu erlassen.

Bevor die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund die Haushaltssatzungen und die Haushaltspläne 2024 der Hansestadt Stralsund beschließt, sind die vorliegenden Haushaltsplanentwürfe nach § 36 Abs. 2 KV M-V unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe in den Ausschüssen der Bürgerschaft zu beraten.

Lösungsvorschlag:

Die Haushaltssatzungen und die Haushaltspläne 2024 der Hansestadt Stralsund sind auf der Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung 2021 bis 2026, dem Orientierungsdatenerlass des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung M-V für die Haushaltsplanung 2024 vom 09. November 2023 sowie der Ergebnisse der Herbststeuerschätzung erstellt worden.

Der Haushaltsplanentwurf 2024 umfasst folgende Bände:

- Band I - Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Kernhaushaltes mit Vorbericht, Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Stellenplan
- Band II - Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmen
- Band III - Haushaltssatzungen und Haushaltspläne der Städtebaulichen Sondervermögen

Der Band I wird zur 1. Lesung am 14. Dezember 2023 bereitgestellt.
Die Bände II und III werden schnellstmöglich nachgereicht.

Alternativen:
keine

Beschlussvorschlag:
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2024 der Hansestadt Stralsund werden in die Ausschüsse der Bürgerschaft verwiesen und unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe beraten.

Finanzierung:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Die Erträge/ Einzahlungen und Aufwendungen/ Auszahlungen werden in den Haushaltssatzungen und den Haushaltsplänen 2024 festgesetzt.

|

Termine/ Zuständigkeiten:
Sofort/ Kämmeriamt

HH-Plan 2024 Band I Kernhaushalt

gez. Dr.-Ing. Alexander Badrow

TOP Ö 3.1

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP: 12.1

Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2024 der Hansestadt Stralsund

Vorlage: B 0096/2023

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2024 der Hansestadt Stralsund werden in die Ausschüsse der Bürgerschaft verwiesen und unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe beraten.

Beschluss-Nr.: 2023-VII-11-1270

Datum: 14.12.2023

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 3.1

Auszug aus der Niederschrift über die 11. Sitzung der Bürgerschaft am 14.12.2023

Zu TOP: 12.1

**Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2024 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0096/2023**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2024 der Hansestadt Stralsund werden in die Ausschüsse der Bürgerschaft verwiesen und unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe beraten.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen

2023-VII-11-1270

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 21.12.2023